

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

7.3.1931 (No. 56)

plötzlich überraschten Angestellten sei es überhaupt möglich gewesen, das raffinierte System aufzudecken, nachdem die Beschuldigten gearbeitet haben. Auch Unterschriften von Erwerblosen seien gefälscht worden, und durch sehr geschickt ausgeführte Masuren habe man die Buchungen der Hauptkasse auf den Quittungen vernichtet, so daß die monatlichen Revisionen der Kasse keine Bedenken ergaben. Für Berlin und seinen Ruf ist dieser Skandal eine neue, moralische Belastung. Die Stadtverwaltung selbst ist ja allerdings diesmal an den Vorgängen nicht beteiligt, da das Arbeitsamt ihr nicht untersteht. Erfreulicherweise hat man in der Stadtverwaltung neuerdings einsehen gelernt, daß die vielen, eigenen Unternehmungen der Stadt nicht nur keine Einnahmequellen sind, sondern durch ihre weiten Verzweigungen die Gefahr von Korruptionen geradezu heraufbeschwören. Nach den neuesten Meldungen ist man entschlossen, den größten Teil dieser städtischen Betriebe aufzulösen. Von seiten des selbständigen Handwerks und Gewerbes wird der Beschluß mit großer Freude begrüßt, da diese kommunalen Betriebe natürlich eine große Konkurrenz darstellten, zumal sie keine Steuern zu zahlen brauchten. Daß sie bei alledem keine Gewinne herauszuwirtschaften verstanden, wird nur dem absonderlich erscheinen, der die Eigenart solcher Betriebe nicht kennt. Ein Geschäft, das Gewinne abwerfen soll, muß eben nach kaufmännischen und nicht nach verwaltungstechnischen oder gar parteipolitischen Standpunkten geleitet werden.

Um den Wehretat

Die Situation zwischen Reichskabinet und Sozialdemokratie ist noch nicht geklärt. Die sozialdemokratische Fraktion ist nachwievor bemüht, ihre etwaige Zustimmung zum Wehretat gegen gewisse sozialpolitische Zugeständnisse einzutauschen. Inzwischen hat die Zentrumskolonie des Reichstages den Beschluß gefaßt, den Wehretat so anzunehmen, wie er von der Regierung vorgelegt wird. Das bedeutet eine sehr wichtige Rückendeckung für das Kabinet und speziell für den Reichswehrminister. Wenn die Sozialdemokratie nicht geradezu eine Krise im Reich und in Preußen provozieren will, wird sie den Wehretat annehmen, ohne seine Bewilligung von ganz bestimmten anderen Zugeständnissen abhängig zu machen.

Deutsche Volkspartei und badische Koalition

In einer Versammlung der Karlsruher Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei hatte dieser Tage der Landtagsabg. Oberregierungsrat Bauer seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß „weite Kreise des Bürgertums aus der badischen Politik ausgeschaltet seien, weil bei uns Zentrum und Sozialdemokratie allein den Ausschlag gäben“. Der „Bad. Beobachter“ hat in seiner Nummer vom gestrigen Tage auf die Ausführungen Bauers geantwortet und dabei nochmals betont, es „besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß das badische Zentrum ehrlich und mit allem Nachdruck die große Koalition in Baden erstrebt habe; die Tür stehe, wie der Führer des Zentrums erst unlängst mit aller Deutlichkeit erklärt habe, immer noch offen. Der Haltung der Unterhändler der Deutschen Volkspartei sei es zuzuschreiben wenn es seinerzeit nicht zur großen Koalition in Baden gekommen sei“.

Sensationeller Vorfall an

der Amsterdamer Börse

Amsterdam, 7. März. (Tel.) Bei der Amsterdamer Börse ereignete sich heute Vormittag ein sensationeller Vorfall, der den späteren Verlauf der Börse erheblich beeinflusste. Zwei angefehene Tabakmakler gerieten in einen Streit, der so hitzige Formen annahm, daß der eine der Streitenden ein Messer zog und seinem Gegner einen tiefen Stich in die Brust beibrachte. Der Verletzte mußte sofort in ein Krankenhaus gebracht werden. Wie verlautet, besteht jedoch keine Lebensgefahr. Der Täter, der sich in einem Zustand völliger Unerbittlichkeit befand, wurde von mehreren Freunden nach Hause gebracht.

Kleine Chronik

In ganz Ostpreußen hat sich der Frost erheblich verstärkt. Das Thermometer zeigte heute, Samstag früh, in Königsberg 20 Grad unter Null und sank im südlichen Ostpreußen noch weiter. Die Schneeverwehungen haben erneut eingesetzt, machen die Straßen für Autos vielfach unpassierbar und rufen Störungen im Eisenbahnverkehr hervor.

In ganz Schlesien herrscht strenger Frost bis minus 14 Grad, im westlichen Riesengebirge bis minus 20 Grad.

Auf Grube Maria des Eschweiler Bergwerksvereins schlug ein Arbeiter mit der Spitzhade in einen festengeblichen Sprengschuß, der explodierte. Zwei Arbeiter wurden getötet, fünf zum Teil schwer verletzt.

Wie aus Auxerre gemeldet wird, ereignete sich Freitag spät abends im zweiten Pulvermagazin des Munitionsdepots von Chemilly eine Explosion. Eine im Anschluß daran entstandene Feuersbrunst konnte bald eingedämmt werden. Personen sollen nicht zu Schaden gekommen sein. Die beiden Lager, in denen die Explosion erfolgte, enthielten Pulvervorräte von 5000 Kubikmeter.

Zwei Schiffe, die den Dienst zwischen Belgrad und Banosava versehen, stießen in der vergangenen Nacht auf der Donau zusammen. Das eine von ihnen wurde so stark beschädigt, daß es unterging. Mehrere Personen kühlten dabei ihr Leben ein.

Der frühere Oberleutnant zur See, Volbt, ist bei einem Autounfall in Columbien tödlich verunglückt. Volbt und sein Kamerad Dittmer, die während des Krieges des Krieges Kommandanten von Unterseebooten waren, waren in einem der sog. Kriegsverbrecherprozesse vom Reichsgericht im Jahre 1921 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Es war den beiden aber gelungen, ins Ausland zu entfliehen.

Universität Köln. Das Sommersemester 1931 beginnt am 1. April Vorlesungsbeginn: Mittwoch, den 15. April. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitätssekretariat gegen Einzahlung von 50 Pf. und 15 Pf. Porto bezogen werden.

Aus dem Reichstag

Die Abstimmungen zum Innenetat

Die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums, die den Reichstag nun schon tagelang in Anspruch genommen hat, wurde am Freitag endlich zu Ende geführt. Auch am Freitag dehnte sich die Aussprache noch ziemlich lange aus. Die Fraktionen der verschiedenen Parteien sprachen über Wahlrechtsfrage und auch das Gesundheitswesen nahm in der Aussprache einen breiten Raum ein.

Nach einer von allen Parteien mit großer Aufmerksamkeit angehörten Rede des Landvolksgewerkschaften Schlang, in der dieser einen scharfen Trennungsschnitt zwischen konservativer Opposition und dem zum Bürgerkrieg treibenden Nationalismus zog, nahm Reichsinnenminister Dr. Wirth nochmals das Wort, um zu betonen, daß die Regierung keineswegs den Ernst der Lage verleihe, und daß sie gerüstet sei, alle Unternehmungen zur Entfesselung des Bürgerkrieges im Keime zu ersticken. Der Minister verlangte von allen staatsstreuen Elementen ein Abtrüden von jener nationalsozialistischen Auffassung, die ein Reichsgerichtsurteil dahin gekennzeichnet habe, daß die Nationalsozialisten die Massen ideologisch auf eine gewalttätige Änderung der Verfassung vorbereiten.

Der Benjamin des Reichstags, der 68jährige Kommunist Beder, forderte als Wortführer der kommunistischen Jugend die Herabsetzung des Wahlalters nach somatrischem Muster auf 18 Jahre. Er fand mit diesem Vorschlag aber nur bei seinen engsten Freunden Zustimmung.

Zum Schluß der Aussprache kam es noch zu einer Nachlese zu dem in der Ernährungsdebatte erörterten Wurst- und Fettproblem. Der wirtschaftsparteiliche Fleischmeister Schneidewind-Köln hatte in jener Debatte behauptet, er verkaufe gutes Ochsenfleisch für 80 Pf. das Pfund, und in Kaiserlautern könne man sogar das Pfund gute Wurst für 60 Pf. bekommen.

Sein wirtschaftlicher Antipode, der als Führer der Konsumgenossenschaften bekannte Zentrumsabgeordnete Schlaß, hatte diese Angaben telegraphisch nachgeprüft und verlas nun unter fürmlicher Heiterkeit des Reichstags ein Telegramm, wonach Wurst und Fett bei Schneidewind nicht unter 60 Pf. pro Pfund zu haben sei.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsinnenminister wurde mit 271 gegen 66 Stimmen bei 38 Enthaltungen abgelehnt. Wirtschaftspartei und Landvolk hatten sich der Stimme enthalten. Der Landvolkführer Döbrich erklärte, seine Freunde hätten zwar kein Vertrauen zum Innenminister, wollten aber die kommunistische Aktion nicht mitmachen. Von den vielen kommunistischen Anträgen auf Streichung der Polizeistützpunkte in Thüringen und Braunschweig, auf Mißbilligung der Erklärung des Innenministers zur Freiheitsbewegung usw., fand nur die Entschließung die Unterstützung der Sozialdemokraten und damit die Mehrheit, die eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, Kirche und Schule verlangt. Abgelehnt wurde auch die Antragsentscheidung auf Einführung eines neunten Schuljahres. Zum Verbot des Remarque-Films wurde nach Ablehnung weitergehender kommunistischer Anträge ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der das Filmverbot für nicht begründet erklärt und die Ermartung ausspricht, daß die Regierung alle Vorbereitungen trifft, um die Prüfung des Bildstreifens zu beschleunigen, wenn dieser durch den Hersteller erneut vorgelegt wird.

Angenommen wurden parteiliche Anträge auf Vorlegung eines Reichsangehörigkeitsgesetzes und einer Kodifikation des internationalen Rechts. Mit Sozialdemokraten und Kommunisten wurde eine Entschließung angenommen, die die Aufhebung des im Jahre 1920 erlassenen Streikverbots in lebenswichtigen Gebieten verlangt. Mit derselben Mehrheit wurden parteiliche Anträge abgelehnt, die den Kampf gegen die Internationale der Gottlosen und durch eine Lichtspielgesetznovelle einen größeren Schutz der nationalen Würde forderten.

Im Sammel sprung fand mit 199 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatspartei gegen 163 Stimmen eine kommunistische Entschließung Annahme, die völlige Gleichberechtigung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung verlangt. Der Antrag der Staatspartei, der ein allgemeines Beamtengehalt verlangt, wird angenommen, ebenso der sozialdemokratische Gesetzesentwurf, der aus Anlaß des Remarque-Filmverbotes bestimmt, daß wenigstens bei verbotenen Filmen, diese in geschlossenen Gesellschaften gezeigt werden.

Damit ist der Innenetat erledigt. Anträge auf Strafverfolgung von Abgeordneten und Vorlegung eines Reichsschulgesetzes, ein Gesetzesentwurf über den Waffenmißbrauch usw. werden den entsprechenden Ausschüssen überwiesen.

Am 9 Uhr verlagte sich das Haus auf heute, Samstag, 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung der heutigen (Samstag-) Sitzung stand die zweite Beratung des Haushalts des Reichstags. Die Aufwandsentschädigungen für die Reichstagsabgeordneten betragen mehr als 4 Millionen Reichsmark. Der Präsident des Reichstags erhielt bisher Aufwandsgehalt, die das Vierfache der Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten ausmachen. Er soll in Zukunft nur noch den doppelten Betrag erhalten. Neu verlangt werden 2000 M. Mehraufwendungen für das Reizeichen der Sessel im Sitzungssaal des Reichstags. Die Wirtschaftspartei beantragt, diesen Betrag auf 10 000 M. zu erhöhen, und den Mehrbetrag den Summen zu entnehmen, die durch Abwesenheit von Abgeordneten eingespart werden.

Abg. Dr. Weber (Staatspartei) begründet dazu einen Antrag der Staatspartei, der eine Klarstellung von Art und Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit der Abgeordneten erreichen will. Angehörigkeitspflicht soll für den Abgeordneten sein jede Untertänigkeit für eigene oder fremde Rechnung, die Bestellung als Vorstandsmitglied einer Erwerbsgesellschaft, als Syndikus, Sekretär oder sonstiger Leiter eines Interessen-, Fach- oder Berufsverbandes, insbesondere auch jede regelmäßige Schiedsrichter- und Gutachterstätigkeit. Es müsse endlich einmal durch Klarstellung dem Gerde von der Korruption im Reichstage ein Ende gemacht werden.

Der oben erwähnte Antrag der Wirtschaftspartei wird angenommen. Der Antrag Dr. Weber wird dem Ältestenrat überwiesen, ebenso ein Antrag Döbrich (Landvolk) auf Kürzung der Abgeordnetenentlohnungen. Danach sollen alle Diäten um weitere 10 Prozent gekürzt werden, die der Abgeordneten in Beamtenstellung um 10 Proz. darüber hinaus, die der in Berlin ansässigen Abgeordneten um weitere 10 Proz. Wenn der Reichstag nicht tagt, so sollen die Diäten für die sittingsfreie Zeit um die Hälfte gekürzt werden.

Der Haushalt des Reichstages wird in zweiter Beratung bewilligt.

In der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler begründete die sozialdemokratische Frau Kunert einen Antrag ihrer Partei, der im Gegensatz zu der Ausschussvorlage die sofortige Schließung aller privaten Stellenvermittlungsbetriebe gegen Entschädigung verlangt. Da auch die Kommunisten für diesen Antrag sind, ist seine Annahme gesichert, aber die Abstimmung

wurde am heutigen Samstag aus technischen Gründen noch nicht vorgenommen, sondern auf später verlagert.

Die nächste Sitzung, in der der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums zur zweiten Beratung kommt, findet erst am Donnerstag kommenden Woche 3 Uhr statt.

Kurze Nachrichten

Dvorlage im Reichsrat verzögert. Die Ausschüsse des Reichsrats sind am Freitag noch nicht mit der Vorberatung der Entwürfe fertig geworden, die am heutigen Samstag in der Vollversammlung erledigt werden sollten. Die Reichsratsitzung ist deshalb auf Montag abend verschoben worden.

Entschädigungen für beschlagnahmte deutsche Patente. Wie aus New York gemeldet wird, hat Schiedsrichter Remid weitere Entschädigungen im Gesamtbetrag von 163 000 Dollar für die früheren Inhaber der während des Krieges beschlagnahmten deutschen Patente festgesetzt.

Der Kampf gegen den § 218. In Stuttgart wurden am Freitagabend fünf Protestversammlungen gegen den § 218 abgehalten. Alle Versammlungen waren außerordentlich stark besucht. In allen sprach der kommunistischen Partei angehörende, aus der Haft entlassene prakt. Arzt Dr. Friedrich Wolf, der betonte, daß der Kampf in ganz Deutschland ausgefochten werden müsse. Er bezeichnete den Paragrafen als einen Mordparagrafen, durch den in Deutschland jährlich 1 Million Frauen zum Verbrechen getrieben würden, und dem dabei jährlich 12 000 Frauen zum Opfer fielen. Den Kampf müsse man politisch, aber nicht im Dienste einer Partei, sondern im Rahmen einer allgemeinen Volksbewegung führen.

Politische Schlägerei in Bad Neidenthal. Bei einer am Freitagabend veranstalteten Versammlung der Nationalsozialistischen Partei kam es in Neidenthal während der Rede des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Wagner zu heftigen Zusammenstößen zwischen den uniformierten Hitler-Leuten und anwesenden Sozialdemokraten und Kommunisten, die Zwischentritte machten. Es entstand eine schwere Schlägerei, bei der etwa 30 Personen verletzt wurden.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im westdeutschen Baugewerbe. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes und den Bauarbeitergewerkschaften über die neue Lohnregelung im Vertragsgebiet Westdeutschland (Industriegebiet Münsterland und Sauerland) wurden ergebnislos abgebrochen. Die Arbeitgeber forderten eine erhebliche Herabsetzung der Löhne, während die Arbeitnehmer auf eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden bestanden. Die Parteien einigten sich dahin, daß die Lohnfrage einem Tarifamt unterbreitet wird, das am 13. März in Offen zusammentritt.

Grubenflutung auch im Saargebiet. Die Saargebietenverwaltung hat mitgeteilt, daß sie die Grube Dilsburg sowie die Schächte Rudolf und Josef von der Division Luisenhalp stilllegen wolle. Die in Frage kommende Belegschaft beträgt fast 2000 Mann.

81. Geburtstag des Präsidenten Masaryk. Die gesamte Tschechoslowakei begehrt heute, Samstag, in feierlicher Weise den 81. Geburtstag des Präsidenten der Republik, Professor Masaryk. Eine Abordnung der Laibacher Universität (Südböhmen) überreichte dem Präsidenten das Ehrenpflanzel.

Aberufung des litauischen Geschäftsführers beim H. Stahl. Wie aus Romo verlautet, ist der langjährige litauische Geschäftsträger beim Ratlan, Dr. Schaulis, aberufen worden. Man sieht darin ein Zeichen dafür, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ratlan und der litauischen Regierung eine weitere unerfreuliche Zuspitzung erfahren haben.

Der Prinz von Wales und sein Bruder, Prinz George, sind im Flugzeug von Mar del Plata auf dem Flugplatz Palomas bei Buenos Aires eingetroffen. In Buenos Aires, das zu Ehren der beiden Prinzen geflaggt hat, wurde ihnen ein befehlter Empfang zuteil.

Amerikanisches Defizit von einer halben Milliarde Dollar? Der Vorsitzende des Finanzausschusses des amerikanischen Senates, Smoot, erklärte, er rechne damit, daß das am 30. Juni ablaufende Rechnungsjahr mit einem Defizitbetrag von einer halben Milliarde Dollar schließt werde.

Gemeinderundschau

Der Bürgerauschuß Nehl genehmigte in seiner Freitagabend Sitzung den Ankauf des 15 Hektar umfassenden ehemaligen Pionierlandungsplatzes vom Reichsfinanzamt zum Preise von 33 000 M. Weiter genehmigte er im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms die Urbarmachung dieses Platzes zu einer landwirtschaftlichen Nutzfläche, was einen Aufwand von weiteren 35 000 M. erfordert. Die Arbeiten sollen durchweg mit Ausgesteuerten ausgeführt werden. Bei der äußert lebhaften Aussprache kam es zu persönlichen Angriffen der Sozialdemokratie auf die Rechte und besonders die Nationalsozialisten, die zu heftigen Auftritten führten. Da sich auch die auf der Tribüne befindlichen Kommunisten einschickten, mußte die Sitzung unterbrochen werden. Nach Wiederaufnahme der Beratungen wurden von der Linken einschuldige Erklärungen abgegeben, womit der Zwischenfall erledigt war. Mehrere kleinere Vorlagen kamen zur Erledigung.

Die Verhaftung der Singener Polizei ist für den 1. April vorgesehen. Am 6. März wurden sämtliche für die Übernahme als Staatspolizeibeamte in Frage kommenden städtischen Polizisten vom Bezirksarzt in Konstanz untersucht.

Einfuhr von Brot und Mehl im Kleinen Grenzverkehr. Nach den Erhebungen der Handelskammer Schopfheim sind an Haushandkarten zum Bezuge von Mehl und Brot aus der Schweiz, welche die Einfuhr eindämmen sollten, von den Bürgermeisterämtern an durchschnittlich 80 Prozent der Haushaltungen, vielerorts sogar 100 Prozent, ausgegeben worden. Die Haushandkarten haben eher noch zur Vermehrung als zur Verminderung der Bezüge aus der Schweiz geführt, da nun die Haushaltungen die Karten auch benützen wollen. Die Wälder und Kolonialwarenhandler im badischen Grenzgebiet leiden natürlich dadurch immer mehr, aber die Ursache liegt bei den hohen Schutzzöllen auf Getreide. Der Einzelhandelsausschuß im Gebiet der Handelskammer Schopfheim fordert neuerdings ein allgemeines Einfuhrverbot für Brot und Mehl usw. im Kleinen Grenzverkehr, dem aber hauptsächlich aus Arbeiterkreisen mit der gleichen Energie entgegengetreten wird.

Warum gehen die Geschäfte so schlecht? Die Antworten, die auf diese und verwandte Fragen Dr. Ludwig Reiners in seinem Buche „Die wirkliche Wirtschaft“ gegeben hat, haben überall solches Interesse gefunden, daß nach kaum drei Monaten bereits das 7.-12. Tausend erschienen mußte. (E. S. W. L. München). Gelehrte von Rang, wie Werner Sombart, Adolf Weber, Gustav Cassel, haben sich voll für das unserer Zeit so notwendige Buch ausgesprochen. Wir werden noch in mehreren Artikeln auf Einzelheiten etwas zurückkommen.

Badischer Teil

Die Städte und die Senkung der Realsteuern

Wie wir einer Mitteilung des Badischen Städteverbandes entnehmen, haben die Städte eine Reihe von Anträgen zur Realsteuerentlastung an die Regierung gerichtet, um ein Abfließen des örtlichen Aufkommens an Gebäude- und Grundsteuer zur Deckung des durch die Senkung entstehenden Ausfalls bei der Grund- und Gewerbesteuer dienen zu lassen, aus den Städten in die Landgemeinden zu vermindern, und um eine möglichst weitgehende Entlastung des Hausbesitzes und des Gewerbes in den Städten zu erreichen. Der Badische Städteverband führt zu dieser Frage im einzelnen u. a. aus:

Das Realsteuerentlastungsgesetz geht davon aus, daß die Fehlbeträge, die durch eine Senkung der Grund- und Gewerbesteuer in den Gemeinden entstehen, aus den Mitteln der Gebäude- und Grundsteuer gedeckt werden sollen, die an sich zur Förderung des Wohnungsbauwesens bestimmt sind. Dieser Deckungsbeitrag aus der Gebäude- und Grundsteuer würde in den größeren Städten an sich ausreichen, um die Grund- und Gewerbesteuer in dem gesetzlich vorgesehenen Umfang zu senken. In den Landgemeinden ist jedoch das örtliche Aufkommen aus der Gebäude- und Grundsteuer nicht so hoch, um den durch eine entsprechende Senkung der Realsteuern entstehenden Ausfall auszugleichen. Das rührt vor allem daher, daß der Gebäude- und Grundsteuerbeitrag bei den landwirtschaftlichen Gebäuden monatlich nur 5 Pf. beträgt, während von den städtischen Wohngebäuden monatlich 18 Pf. von je 100 M Gebäude- und Grundsteuer erhoben wird. Der aus der Gebäude- und Grundsteuer zur Verfügung stehende Gesamtbetrag des Landes und der Gemeinden von etwa 84 Mill. Reichsmark stammt zu 80 Proz. aus den größeren Städten, während alle übrigen Gemeinden des Landes zusammen nur 20 Proz. aufbringen. Will man nun die Grund- und die Gewerbesteuer in allen Gemeinden des Landes mit diesem Gesamtbetrag zu einheitlichen, für alle Städte und Gemeinden gleichen Sätzen senken, so müßten die großen Städte ganz erhebliche Summen ihres örtlichen Gebäude- und Grundsteuerbeitrages abgeben, um eine Realsteuerentlastung in den kleineren Gemeinden zu dem Einheitsfuß zu ermöglichen. Für die Städte Karlsruhe und Mannheim würde auf diese Weise allein ein Steuerverlust von jeweils über einer halben Million Reichsmark eintreten.

Es bedarf keiner weiteren Darlegungen, daß eine gleiche und einheitliche Senkung der Realsteuern die größten Unbilligkeiten und unerträgliche Auswirkungen für die Städte zur Folge haben würde. Die Städte haben im allgemeinen ihre Umlage nach Möglichkeit niedriger gehalten und vielfach statt einer Erhöhung der Realsteuern besondere Gebühren und Beiträge eingeführt, während derartige besondere Abgaben in den Landgemeinden nicht in gleichem Umfang erhoben werden.

Wollte man die Umlage in allen Gemeinden des Landes tatsächlich in einheitlicher Form senken, so müßten in den Städten das Aufkommen aus den Gebühren und besonderen Beiträgen usw. dem Umlageaufkommen zugeschlagen oder in den Landgemeinden ein entsprechender Betrag für die Umlage abgezogen werden. Ohne eine solche Korrektur des Umlageaufkommens würde eine einheitliche Senkung der Realsteuern zu gleichen Sätzen in allen Gemeinden des Landes bei den Landgemeinden zu einer relativ stärkeren Entlastung des Hausbesitzes und des Gewerbes führen als in den Städten, ohne daß dieses Ergebnis innerlich irgendwie begründet wäre. Der den Städten andersfalls entfallende Ausfall an Gebäude- und Grundsteuermitteln muß notwendigerweise unübersehbare Folgen für die gesamte Bauwirtschaft nach sich ziehen.

Für Württemberg und Bayern enthält u. a. das Gesetz Sonderbestimmungen, durch welche eine ähnliche Schädigung der städtischen Finanzwirtschaft umgangen wird, wie sie in Baden eintreten würde. Der Badische Städteverband hat daher die Regierung unter Vorlage verschiedener Einzelvorschläge dringend gebeten, die Senkung der Realsteuern in einer solchen Weise durchzuführen, daß ein Abfluß der in den Städten dringend benötigten Steuermittel in die Landgemeinden unter allen Umständen vermieden wird.

Badische Historische Kommission

Unter dem Vorsitz des Vorstandes, Professor Dr. Andreas aus Heidelberg, trat heute, Samstag, vormittag im General-Landesarchiv die 43. Plenarversammlung der Badischen Historischen Kommission zusammen. Daran nahmen teil 18 ordentliche und 2 außerordentliche Mitglieder.

Die Einweihung der Neuen Universität in Heidelberg

Es steht nunmehr fest, daß die Heidelberger „Neue Universität“ mit Beginn des Sommersemesters, also Anfang Mai, in Benutzung genommen werden kann. Die Einweihungsfeier ist nach Festlegung der großen Aula auf Dienstag, den 19. Juni, festgesetzt worden. Man hofft, daß sich an der Feier auch der frühere amerikanische Botschafter Schurman, der im Mai seine Reise nach Deutschland beabsichtigt, beteiligen wird. Schurman ist bekanntlich der Anregung und Sammler der großen amerikanischen Spende, durch die der Neubau ermöglicht wurde.

Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung

Das Badische Landesversicherungsamt veröffentlicht das Rechnungsergebnis der landw. Berufsgenossenschaft für das Jahr 1930. Danach wurden im Jahre 1930 an Unfallentschädigungen und Renten 4 1/2 Millionen Reichsmark ausbezahlt. Die Kosten der Unfalluntersuchungen und Feststellung der Entschädigungen betragen über 1/2 Million Reichsmark. Die persönlichen und Verwaltungskosten beliefen sich auf 282 714 Reichsmark. Weingüter waren Beiträge in Höhe von 120 000 Reichsmark. Zu beiden sind für das Jahr 1930 rund 6 Millionen Reichsmark. Bei 270 840 umlagepflichtigen Betrieben bezieht sich die Gesamtzahl der im Bereich der Berufsgenossenschaft (Baden) abgeschätzten Arbeitstage auf 60 Millionen und der hieraus berechnete Arbeitswert auf rund 167 Millionen Reichsmark. Der umzulagende Beitrag ist vom Vorstand der Berufsgenossenschaft auf 3,56 Reichsmark auf je 100 Reichsmark Arbeitswert festgesetzt worden. Im Vorjahr betrug der Beitrag 3,50 Reichsmark.

Tagungen

Tagung des Bundes der badischen Jäger. Am 18., 19. und 20. April 1931 findet in Donaueschingen die Jahreshauptversammlung des Badischen Bundes Deutscher Jäger zur Erinnerung an das zehnjährige Gründungsjahr in Donaueschingen statt. Der Erbpriest von Fürstentberg hat als Präsident des Bundes das Protokoll der Tagung übernommen.

Der diesjährige Landesabgeordnetentag des Badischen Ackerbauers findet am Sonntag, den 7. Juni in Zimmendingen (Amt Donaueschingen) statt.

Die badischen Sparsparbeamten und -angestellten halten Ende Juni ihre diesjährige Tagung in Gernsbach ab. Es werden dazu etwa 400 Teilnehmer erwartet.

Aus der Landeshauptstadt

Zwei politische Versammlungen am Freitag

Am Freitagabend fanden in Karlsruhe zwei große politische Versammlungen statt. Im dichtbesetzten großen Festhalleaal sprach der frühere Nationalsozialist und jetzige Gegner dieser Partei, Kapitänleutnant a. D. v. Müde. Die Veranstaltung dieses Abends hatte in der nationalsozialistischen Presse zu einer scharfen Protestaktion geführt und die Nationalsozialisten hatten zur gleichen Stunde in drei, in der Nähe der Festhalle gelegenen Lokale Versammlungen einberufen, in denen gegen Müde gesprochen wurde. In dem direkt neben der Festhalle gelegenen Konzerthaus sprach ebenfalls zur gleichen Zeit der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, in einer Stahlhelmtunde. Da man Ruhestörungen befürchtete, war ein starkes Polizeiaufgebot um die Festhalle postiert. Nach den verschiedenen Versammlungen kam es wohl auf dem Festhalleplatz und den zu ihm führenden Straßen zu größeren Menschenansammlungen, irgendwelche Zwischenfälle haben sich aber zunächst nicht ereignet. Auch die Müde-Versammlung verlief ohne Störung. Erst nachher kam es in einzelnen Teilen der Süd- und Mittelstadt zu gegenseitigen Meißerereien zwischen den heimkehrenden Versammlungsteilnehmern, Nationalsozialisten und Kommunisten, so daß die Polizei verschiedentlich eingreifen mußte. Im Bahnhofrestaurant haben, wie der Polizeibericht weiter meldet, Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dorthin kommende politische Gegner durch Zurufe belästigt, so daß auch hier ein Eingreifen der Polizei erforderlich wurde.

Kapitänleutnant a. D. von Müde, der von stürmischem Beifall begrüßt wurde, befaßte sich während seiner nahezu zweistündigen Rede fast ausschließlich mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, wobei er u. a. erklärte, er sei persönlich Sozialist und der allerhöchste Gegner der Hitler-Partei. Es sei falsch, zu behaupten, an unserer heutigen Lage sei der Krieg schuld, vielmehr trage einzig und allein der Kapitalismus die Schuld, der auch den Krieg verursacht habe. Nur die scharfe Betonung der sozialistischen Gesichtspunkte hätten ihn, von Müde, seinerzeit dazu bewogen, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beizutreten und als diese Gesichtspunkte verlassen worden seien, habe er der Partei den Rücken gekehrt. Am Schluß seiner Ausführungen erklärte von Müde, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sei eine Gefahr für Deutschland, das nur durch Schaffung des sozialistischen Staats gerettet werden könne. Die Rede wurde oftmals von Beifallsstürmen unterbrochen und am Schluß fürstlich beklatscht. Gegenseitige Meinungsäußerungen wurden nicht laut.

Im Konzerthaus legte zur gleichen Zeit der zweite Bundesführer, Oberstleutnant Duesterberg, die Ziele des Stahlhelms dar. Er sagte dabei u. a., es sei eine Illusion zu glauben, daß der Krieg ausgerollt werden könne. Der Stahlhelm kenne den Krieg und wünsche den Frieden, aber einen Frieden auf gleichberechtigter Grundlage. Aus Sorge um Deutschlands Zukunft fordere der Stahlhelm von den verantwortungsvollen Männern im Reich, besonders vom Reichswehrminister, daß das deutsche Volk über die Tragweite der kommenden Entscheidungen aufgeklärt und im In- und Auslande unser Recht propagandistisch verteidigt werde. Der Stahlhelm fordere eine Verneuerung der Reichswehr unter Ausrichtung mit allen neuzeitlichen Mitteln, um das Volk vor dem Aufruhr zu schützen. Der Kampf, der jetzt durch das Volk begehrt wird, beginne, sei zugleich ein Kampf für Baden, es sei ein Kampf gegen den Marxismus und für den Nationalismus.

Erdbebenmeldung. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten heute Nacht ein starkes Erdbeben. Der erste Einbruch der Vorläuferwellen erfolgte um 1.21 Uhr. Das Maximum des Bebens fiel auf 1.24 Uhr MEZ. Die einzelnen Einbrüche und das Ende der Hauptstöße sind durch eine außergewöhnliche starke seismische Bodenunruhe, die auf heftige Stürme im Kanal oder im Golf von Biscaya hindeutet, gestört. Der Herd des Bebens liegt in einer Entfernung von circa 1300 Kilometer und wird wahrscheinlich in den Erdbebenzentren der Mittelmeerländer zu suchen sein.

Bürgersteuer. Vom Montag, den 9. bis Freitag, den 13. März 1931, wird die Bürgersteuer von den Steuerpflichtigen erhoben, die in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben R und S (Radenweg bis Sobelstraße) wohnen. (Siehe auch die Anzeige der Stadthauptkasse.)

Radium im städtischen Krankenhaus. Dem städtischen Krankenhaus wurde von der Landesversicherungsanstalt Baden ein Teil des aus Mitteln der badischen Volksspende beschafften Radiums überwiesen. Der Stadtrat legt die Gebühren für die Radiumbehandlung fest, wobei in weitgehendem Maße darauf Rücksicht genommen wird, daß es sich um eine Spende der Allgemeinheit handelt. Selbstzahlende Patienten der dritten Klasse sind von den Gebühren vollkommen befreit.

Zur Lage der Altbahn. Wegen der von der Pleag stillgelegten Teilstrecke Wulfsbach-Rangensteinbach haben sich heute, Samstag vormittag, die Bürgermeister der anliegenden Gemeinden in Ettlingen versammelt. Die Teilnehmer konnten sich wegen der verschiedenartig aufgestellten Bedingungen zu keinem Beschluß durchringen. Es wurde eine Abordnung bestimmt, die diesbezüglich mit der Reichsbahndirektion in Verbindung treten soll. Des weiteren wurde eine Kommission ernannt, die mit dem Ministerium wegen der Wiederaufnahme der Strecke sich in Verbindung setzen soll. Ohne Garantieleistung bezüglich der Dedung der Geldstrafe dieser Strecke wird die Pleag den Betrieb nicht wieder eröffnen.

Vand Deutscher Architekten. In der Jahresversammlung der Ortsgruppe Karlsruhe kam eine Beunruhigung zum Ausdruck, die durch den schleppenden Gang der Verhandlungen zwischen den beteiligten kommunalen, staatlichen und Reichsbehörden über die Verteilung der Zuschüsse in der Architektenschaft entstanden ist. Habe man sich damit abgefunden, daß der Umfang der Bautätigkeit kaum die Hälfte des Vorjahres erreichen werde, so sei doch eine Verzögerung der Verteilung der stark gefürzten Mittel und des Beginns der Bautätigkeit nicht zu ertragen. So wie die Dinge heute lägen, sei vorzuziehen, daß es Anfang Mai werde, bevor mit dem Bauen begonnen werden könne. Der Vorsitzende berichtete über die Arbeiten des Gebührensordnungsausschusses des V.D.A., der eine Neufassung der Gebührensordnung in Angriff genommen hat. Im Vorweg werden die Gebühren für Seelungs- und Heilbauten um 10 Prozent ermäßigt. Zum Schluß fand die Neuwahl des Vorstandes statt: 1. Vorsitzender wurde Dr.-Ing. Hans Detlev Wöhrer, 2. Vorsitzender: Eugen Val. Gutmann, Schriftführer und Redner: Carl Deufsch, Beisitzer: Hans Rader, Rudolf Messing und Arthur Pfeifer.

Unerschauter Waffenschatz. Ein lediger Bader von hier wurde festgenommen, weil er bei einer Polizeikontrolle nach Waffen anläßlich der gestrigen Festhalleversammlung im Besitz eines Stahlschlägers gefunden wurde. — Lebhaften Widerstand hat ein lediger 45jähriger Mechaniker einem Polizeibeamten geleistet, der wegen einer Verleumdungsbekämpfung gegen ihn einschreiten mußte. Der Renitente sitzt jetzt hinter Schloß und Riegel.

Colosseumtheater. Wie uns von der Direktion mitgeteilt wird, findet am Sonntag, den 8. März, abends 8 Uhr, die letzte Aufführung von „Verfolgte Unschuld“, ein heiteres Stück mit Gesang und Tanz von Gustav Bertram statt. Der allabendlich starke Beifall zeugt am besten, wie sehr sich Margarete Peter, die reizende Soubrette von der Komischen Oper Berlin, mit ihrem Ensemble die Sympathien des Publikums erworben hat.

Wiener Abend zugunsten der Rotgemeinschaft. Wer aufmerksam die Zeitungen über auswärtige Erfolge Karlsruher Künstler verfolgt, mußte sich schon immer fragen: Warum kann in Karlsruhe nicht einmal ein Wiener Abend von unserem Generalmusikdirektor Krips geleitet werden? Ein wenig haben wir zwar schon von seinem rauschenden Erfolg in Kopenhagen durch den Rundfunk miterlebt, aber die Karlsruher wollen ihn von „Auge zu Auge“ sehen. Auch Heidelberg hatte sich Krips zu einem Walzerabend verschrieben und wie war es — 3500 Besucher zählte die Kartentrunkontrolle. Nun soll es auch in Karlsruhe werden: am 11. März in der Festhalle zugunsten der Rotgemeinschaft mit einem schmissigen Programm. Ist es Wiener Musik, so darf Franz Schubert nicht fehlen. Zunächst die Overtüre zum Zauberoper „Die Zauberharfe“, dann die VI. Sinfonie in C-Dur des Zwanzigjährigen. Der zweite Teil des Programms ist überwiegend auf Walzer — Wiener Walzer — eingestellt. Dem Ganzen vorangestellt als erotische Vorspeise „Overtüre zu Tausend und eine Nacht“. Als Solistin Lotte Fischbach in Frühlingsstimmenwalzer und Liebesliederwalzer. Beim Kabarett hat es Baumhofs verzaubert: Lotte Fischbach hat im Nonnettenwerden die höchste Zahl erreicht. Am Schluß eine lustige Pantomime „Radehmarisch“. Der diesen Schlußstein, von Generalmusikdirektor Krips dirigiert, jemals gehört hat, wird ihn als ein Erlebnis unermesslichen Musikantentums in Erinnerung behalten.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Vom Südrande des nordeuropäischen Hochdruckgebietes strömt mit östlichen Winden kontinentale Kaltluft aus Rußland nunmehr nach Westeuropa. In ganz Baden ist es wieder zu leichten Schneefällen gekommen, da ein im Osten liegendes Tief seinen Einfluß bis nach Deutschland geltend gemacht hat.

Vorausfrage: Fortdauer des kalten und meist bewölkten Wetters, raue östliche Winde. Weiter leichte Schneefälle. Wasserstände: Badshut 334 minus 19, Basel 166 minus 28, Schutterinsel 235 minus 30, Rehl 412 minus 60, Ragau 664 plus 48, Mannheim 551 plus 60, Gaub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Schneefall im Schwarzwald und in der Rheinebene

W. Freiburg, 7. März. (Tel.) Seit gestern früh fällt im Schwarzwald und in der Rheinebene ununterbrochen Schnee. Seit einer ganzen Reihe von Jahren ist kein so ergiebiger und anhaltender Schneefall zu verzeichnen gewesen, wie gegenwärtig. Auf den Höhen des Schwarzwaldes, insbesondere auf dem Feldberg, sind circa dreiviertel Meter Neuschnee gefallen. Die Schneedecke auf dem Feldberg betrug heute morgen 2,70 Meter, in den Tälern und in der Rheinebene liegen etwa 20 Zentimeter Neuschnee. Die Temperatur liegt in der Ebene einige Grad unter dem Nullpunkt. Ein großer Teil der Straßen im Schwarzwald ist nicht befahrbar; zahlreiche Autolinien haben ihren Betrieb bereits gestern einstellen müssen.

D. Heidelberg, 7. März. In der Nähe von Nalsch bei Wiesloch hatte man eine Schwarzbrennerei entdeckt, die für circa 2000 Liter eingerichtet war. Das hiesige Schöffengericht verurteilte drei Angeklagte mit Namen Jakob Bauer, Uhl und Hill zu 11 500, 10 400 und 8300 M Geldstrafe, sowie zu Gefängnisstrafen von einem Monat, drei und zwei Wochen. Ein Chauffeur erhielt wegen Hehlerei 3200 M Geldstrafe. Der Staatsanwalt, der die meisten Angeklagten aus seiner Bühler Tätigkeit kannte, hatte das Verfahren gegen den Hauptangeklagten Eberwein abgetrennt.

D. Offenburg, 7. März. Die Staatsanwaltschaft Offenburg hat gegen den 30 Jahre alten Steinhauer Panther, einen der seit einigen Tagen verhafteten Handwerksburschen, die gerichtliche Voruntersuchung beantragt, da trotz des Leugnens des Festgenommenen die Verdachtsmomente sich so verstärkt haben, daß kein Zweifel mehr darin besteht, daß Panther der Mörder der 75 Jahre alten Frau Schmitt in Gengenbach, die am Montag ermordet wurde, ist.

ld. Freiburg, 7. März. Vor dem hiesigen Amtsgericht fand die erneute Verhandlung der Beleidigungssache des Chefredakteurs Färber der „Freiburger Tagespost“ gegen den Nationalsozialisten Tritschler statt. Tritschler hatte die „Freiburger Tagespost“ in einer Forchheimer Versammlung im Frühjahr vorigen Jahres das „größte Vögelblatt“ genannt. Das Gericht verurteilte Tritschler wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 50 M, bei Nichtbeibringung fünf Tage Gefängnis, zur Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens und ermächtigte den Privatkläger, das Urteil auf Kosten Tritschlers je einmal in die „Freiburger Tagespost“ und den „Führer“ in Karlsruhe einzurufen.

Schwärzstadt, 6. März. Das Hochwasser hat bei dem Kraftwert Schwärzstadt bedeutenden Schaden anrichtet. So wurde laut „Sädingen Tagblatt“ u. a. eine starke Betonmauer von der Wucht der Wogen zerstört. Das aufgestaute Wasser verwandelte sich in einen großen See. Badischerseits drangen die Wassermassen über die Aufbauten hinaus. Auch das Wehrdelta wurde weithin überschwemmt und ebenso das schweizerische Ufer. Im Walde dem Orte Schwärzstadt gegenüber stand das Wasser streckenweise bis zu den Tannen. Heute ist der Wasserstand wieder etwas zurückgegangen.

Die Gemeindevahlen von Walldorf ungültig erklärt. Der Bezirksrat Wiesloch hat einer Beschwerde der Nationalsozialistischen Partei, Ortsgruppe Walldorf, stattgegeben und die Gemeindevahlen von Walldorf für ungültig erklärt.

Handel und Wirtschaft

Karlsruher Hafenverkehr im Februar

Im Februar 1931 war der Wasserstand des Rheins sehr schwach. Am Pegel zu Ragau gemessen, hat er sich zwischen 490 Zentimeter am Anfang des Monats, 370 am 27. Febr. und 435 am Ende des Monats bewegt. In den Tagen nach dem Oberheben waren infolge des verhältnismäßig niedrigen Wasserstandes für die Großschifffahrt fast drei Wochen lang Schiffsleistungen erforderlich.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Monat Februar 61 Güterboote und Motorschiffe sowie 140 Schlepppläne angekommen und 57 Güterboote und Motorschiffe sowie 149 Schlepppläne abgefahren. Der Schiffsverkehr im Karlsruher Rheinhafen war hiernach im Monat Februar 1931 sowohl beim Güterverkehr wie beim Kahnverkehr erheblich schwächer als im Monat Januar 1931.

Infolge des geringeren Schiffsverkehrs war die im Februar 1931 im Karlsruher Rheinhafen umgeschlagene Gütermenge um rund 60 000 Tonnen kleiner als im Monat Januar 1931. Der Verkehrsrückgang ist fast ausschließlich auf eine geringe Zufuhr von Brennstoffen zurückzuführen. Die Abfuhr hat sich auf der Höhe des Vormonats gehalten. Der Stückgutverkehr war im Monat Februar 1931 sowohl bei der Zufuhr wie bei der Abfuhr größer als im Monat Januar 1931. Auch der Umschlag von Kies und Sand hat im Februar 1931 gegenüber dem Vormonat bemerkenswert zugenommen.

Internationale Handelskammer für Stabilisierung des Silberpreises. Die internationale Handelskammer in Paris hat sich mit dem Ersuchen an den Generalsekretär des Völkerbundes gewandt, bei den beteiligten Regierungen auf baldige Einberufung einer Konferenz zur Stabilisierung des Silbers hinzuwirken. In dem gleichen Sinne sind die Landesgruppen der Kammer gebeten worden, bei den Regierungen unmittelbar vorstellig zu werden.

Staatsanzeiger

Sammlung.
Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Verein „Badische Jugendherbergen, Gau Baden, für deutsche Jugendherbergen“ und dem „Verein für das Deutschtum im Ausland, Deutscher Schulverein e. V., Landesverband Baden“ die Erlaubnis erteilt, zugunsten ihrer satzungsgemäßen Bestrebungen gemeinsam am 8. November 1931 eine Geldsammlung auf öffentlichen Straßen und Plätzen und in der Zeit vom 8. November bis 14. November 1931 eine Geldsammlung von Haus zu Haus im Lande Baden zu veranstalten.
Karlsruhe, den 6. März 1931.
Der Minister des Innern
J. Witte mann

Befehung des Beirats des Bad. Landesjugendamts
An Stelle des verstorbenen Studienrats a. D. Inzgraben wurde Regierungsrat Max Ott in Karlsruhe für die restliche Amtsdauer des gegenwärtig bestehenden Beirats des Landesjugendamts zum stellvertretenden Mitglied dieses Beirats ernannt.

Verordnung
des Präsidenten des Landesamts Südwestdeutschland über Personentreis und Dauer der Krisenfürsorge.
Som 6. März 1931.

Auf Grund des Erlasses des Herrn Reichsarbeitsministers über Personentreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 (Reichsarbeitsblatt I S. 221), bestimme ich folgendes:

In Abschnitt I „Personentreis“ meiner Verordnung über Personentreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 13. November 1930 (Württembergischer Staatsanzeiger Nr. 267, Badischer Staatsanzeiger Nr. 266) sind unter Ziffer 4 die Worte: „14 März 1931“ zu ersehen durch: „11. April 1931“.
Stuttgart, den 6. März 1931.
J. B.
Marquardt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums

Ernannt:
Kanzleihilfe Valentin Raier beim Amtsgericht Mannheim zum Kanzleiaffistenten, Kanzleihilfin Martha Bier beim Amtsgericht Karlsruhe zur Kanzlistin.
Verteilt:
Die Justizobersekretäre Erwin Müller beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Pforzheim, Oskar Roe beim Amtsge-

Amtsgericht Engen zum Amtsgericht Baden, Emil Gorch beim Amtsgericht Engen zum Amtsgericht Müllheim, Justizsekretär Karl Beck beim Notariat Karlsruhe zum Oberlandesgericht, Justizassistent Albert Bell beim Notariat Mannheim zum Notariat Karlsruhe, Gerichtsbollzieher Josef Sutterer beim Amtsgericht Müllheim zum Amtsgericht Laubersheim, Aufseher August Zile beim Erziehungsheim Schloß Flehingen zum Bezirksgefängnis Konstanz.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 10. bis 15. März 1931

Im Landestheater:
Dienstag, 10. März. * E 18 Th.-Gem. III. E.-Gr., 1. Hälfte. Zum erstenmal: *Sylvia* läuft sich einen Mann. Von Alexander Engel. 20 bis 22 Uhr. (5 M).
Mittwoch, 11. März. Sondervorstellung für die Volksschule. *Die Dreigroschenoper*. Ein Stück mit Musik von Kurt Weill. 20 bis gegen 23 Uhr.
Donnerstag, 12. März. * D 20 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 1001 bis 1100. *Die Eugenotten*. Große Oper von Meyerbeer. 10 bis 22.15 Uhr. (7 M).
Freitag, 13. März. Volksschule: *Märzvorstellung*. Der Mann, den kein Gewissen trieb. Schauspiel von Hofstad. 20 bis nach 22 Uhr. (5 M).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Samstag, 14. März. * C 18 Th.-Gem. II. E.-Gr. und 1201 bis 1300 *Sylvia* läuft sich einen Mann. Von Alexander Engel. 20 bis 22 Uhr. (5 M).
Sonntag, 15. März. Radmittags: 11. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige. *Das Nachtlager in Granada*. Oper von Konradin Kreutzer. 15.15 bis 17. (4.50 M).
Abends: * A 18 Th.-Gem. 1401 bis 1500. *Carmen*. Oper von Bizet. 19.30 bis 22.30 Uhr. (8 M).
Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 15. März. * Das Konto X. Von Bernauer und Desterreicher. 19.30 bis 22.15 Uhr. (8 M).

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva	RM	Passiva	RM
1. Geschäftseinrichtung	100,—	1. Aktienkapital:	
2. Baugebäude	550 000,—	a) Stamm-Aktien	12 000 000,—
3. Kassenbestand, Reichsbank- und Postwechsel-Guthaben	136 388,86	b) Vorzugs-Aktien	5 000,—
4. Hypothekendarlehen auf Feingold-Grundl. (darunter RM. 2 158 337,05 Darlehen aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt; von den übrigen Darlehen waren am Bilanztag im Goldhypothekenregister eingetragen RM. 300 915 647,38)	303 418 088,94	2. Reservefonds	5 500 000,—
5. Nachstellende Aufwertungs- und ungesicherte Aufwertungs-Forderungen	4 613 159,61	3. Pfandbrief-Sicherungs-Reservefonds	1 000 000,—
6. Kommunal-Darlehen (davon im Korporationsforderungenregister eingetragen RM. 32 628 168,09)	34 943 915,39	4. Rückstellung f. d. Pfandbrief-Geschäft	1 584 884,21
7. Fällige und anteilige sowie rückständige Darlehenszinsen (darunter rückständig RM. 388 256,19)	4 449 265,96	5. Rückstellungs-Konto I	759 172,56
8. Forderungen		6. Rückstellungs-Konto II	1 165 567,42
a) bei Banken	11 643 588,60	7. Vorträge auf Kostenbeitrags-Konto	670 000,—
b) Lombardforderungen 1 008 706,04		8. Goldpfandbriefe:	
c) Sonstige Forderungen 230 909,79	12 883 204,43	4 1/2 % Liquidations-	
9. Wertpapiere (darunter eigene Goldpfandbriefe im Nennwert von RM. 4 633 240,—)	11 855 468,55	Goldpfandbriefe 81 093 190,—	
10. Wertpapiere des Pensionsfonds und der Stiftungen	714 336,90	5 % Goldpfandbriefe	37 065,15
		6 % Goldpfandbriefe 3 405 300,—	
		6 1/2 % Goldpfandbriefe 3 552 000,—	
		7 % Goldpfandbriefe 28 426 600,—	
		8 % Goldpfandbriefe 179 548 650,—	296 643 805,15
		9. 8 % Goldschuldverschreibungen	298 719 100,—
		10. Rückständige verloste Pfandbriefe	900,—
		11. Guthaben der deutschen Rentenbank-Kreditanstalt	2 158 338,28
		12. Anteilige und fällige Zinsen auf Goldpfandbriefe und Goldschuldverschreibungen und rückständige Dividende	697 490,59
		13. Kreditoren:	
		a) Depositen	189 225,29
		b) Sonstige Kreditoren (einschließlich noch auszugebender Liquidations-Pfandbriefe)	11 599 614,55
		14. Pensionsfonds und Stiftungen	714 589,16
		15. Beamten-Unterstützungsfonds	4916,81
		16. Gewinn- und Verlust-Konto	
		Kortrag a. d. Jahre 1929	162 934,49
		Reingewinn	2 050 979,72
			2 213 914,21
	373 063 928,23		373 063 928,23

Soll Gewinn- u. Verlust-Konto per 31. Dezember 1930 Haben

Soll	RM	Haben	RM
1. Allgemeine Geschäftslosten:		1. Vortrag aus dem Jahre 1929	162 934,49
a) Steuern, Stempel und sonstige öffentliche Abgaben	2 150 221,54	2. Darlehenszinsen	
b) Sonstige Unkosten	1 194 804,76	a) aus Hypothekendarl. 20 510 535,09	
2. Pfandbrief- u. Kommunal-Obligat.-Zinsen:		b) aus Kommunal-Darl. 2 162 591,01	22 663 126,10
a) Pfandbrief-Zinsen	18 445 626,35	3. Ertragsleistungen und Kostenbeiträge im Darlehensgeschäft	2 227 052,24
b) Kommunal-Obligations-Zinsen	2 061 367,75	4. Zinsen aus sonstigen Anlagen	1 039 235,16
3. Einlage-Zinsen	9 437,35	5. Sonstige Einnahmen	11 162,92
4. Abschreibung auf Geschäftseinrichtung	8 138,95		
5. Reingewinn	2 213 914,21		
	26 103 510,91		26 103 510,91

In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre unserer Bank wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1930 auf 10 % festgesetzt. Demgemäß wird der Gewinnanteilschein Nr. 4 abzüglich 10 %, Kapitalertragssteuer sofort entsprechend eingelöst.
R. 333

Mannheim, den 5. März 1931.

Rheinische Hypothekenbank

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Universität Köln

Sommersemester 1931

Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche, Rechtswissenschaftliche, Medizinische (auch vorklinische Semester) und Philosophische Fakultät, Kaufmännisches und Handelslehrestudium. L. 15
Vorlesungsbeginn: Mittwoch, den 15. April. Die Einschreibefrist läuft vom 1. April bis 28. April einschli. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitäts-Sekretariat gegen Einsendung von 50 Rpf. (dazu 15 Rpf. Porto) bezogen werden.

Bürgersteuer.

Vom Montag, den 9. bis Freitag, den 13. März 1931 wird die Bürgersteuer von den Steuerpflichtigen eingezogen, die in den Straßen mit dem

Anfangsbuchstaben R und S
(Habenweg bis Schelstraße) wohnen.
Einzugsstelle: Ritterstraße 5 (Haus Ködlin).
Kassenzinsen: Nur von 8—12 Uhr.
Karlsruhe, den 6. März 1931.

Stadthauptkasse.

Freihändiger [R. 337] Forstamts-Holzverkauf
des Forstamts Bruchsal, Samstag, den 14. März 1931. Etwa 580 fm Forstabschnitte I.—V. Klasse in 4 Lagen. Losverzeichnisse mit Zahlungsbedingungen durch das Forstamt. Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise 1927.

Badisches Landestheater
Sonntag, den 8. März 1931 * C 17 Th.-Gem. 901—1000

Der Rosenkavalier
Von Richard Strauß
Dirigent: Strips
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Blank, Franz, Fischbach, Sabertorn, Janz, Radner, Vertam, Frauendorfer,

Städtische Sparkasse Gaggenau.

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Schulden	RM
1. Kassenbestand	3 526,07	1. Spareinlagen	1 392 593,21
2. Guthaben bei Landesbanken	1 687,79	2. Giro- u. Kontokorrenteinlagen	198 692,01
3. Guthaben bei Banken und Postsparkasse	3 632,39	3. Anlehensschulden	61 386,19
4. Wechsel	15 820,95	4. Reservefonds (gesetzliche Rücklage)	83 029,07
5. Darlehen und Hypotheken	1 083 063,94	5. Reingewinn 1930	6 970,93
6. Darlehen in I. d. Rechnung an Private	356 241,49		
7. Darlehen auf Schuldscheine	114 642,70		
8. Darlehen an Gemeinden	101 528,—		
9. Einnahmerückstände	18 177,69		
10. Aufwertungsforderungen	1 749,30		
11. Einrichtungsgegenstände	1,—		
12. Einlage beim Spar Giroverband	42 600,—		
	1 742 671,41		1 742 671,41

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5 % aus 1 591 285,22 RM Einlagen 79 564,26 RM
Sie beträgt am Schluß des Jahres 1930 90 000,— RM
Somit mehr 10 435,75 RM

Gaggenau, den 27. Februar 1931. R. 336
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Der Geschäftsführer:
gez. Schneider, Bürgermeister. Drechsel